

PRESSEMITTEILUNG

Rekorddefizit der Kommunen von 32 Milliarden Euro: Expertenrat macht Reformvorschläge

Die finanzielle Lage der Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland ist desolat. Die Defizite erreichen historische Ausmaße, die Verschuldung steigt rasant und Investitionen werden zurückgestellt. Damit ist die Handlungsfähigkeit vieler Kommunen gefährdet. Der Kommunale Finanzreport 2026 der Bertelsmann Stiftung zeigt die Ursachen der Entwicklung auf. Ein Expertenrat formuliert Handlungsoptionen für Bund, Länder und Kommunen.

Gütersloh, 19. Juni 2026. Die Haushaltskrise der Kommunen hat sich 2025 verschärft. Mit einem Defizit von nahezu 32 Milliarden Euro verzeichneten Städte, Landkreise und Gemeinden den höchsten Fehlbetrag ihrer Geschichte in einem Jahr. Damit ist die Gesamtverschuldung der Kommunen auf einen neuen Höchststand von annähernd 200 Milliarden Euro gewachsen. Hauptursache bleibt die anhaltend starke Dynamik auf der Ausgabenseite – insbesondere bei den Sozial- und Personalausgaben. Zugleich machen sich die Folgen der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung bei den kommunalen Einnahmen bemerkbar.

Die Kommunen in Deutschland reagieren bereits mit Einsparungen bei Investitionen und freiwilligen Leistungen. Dennoch ist absehbar, dass die Defizite in den kommenden Jahren weiter steigen werden. Anders als in früheren Krisen sind auch wirtschaftsstarke Regionen wie Bayern und Baden-Württemberg erheblich betroffen. „Um einen weiteren Substanzverlust bei Infrastruktur und kommunalen Leistungen zu verhindern, sind gemeinsame Lösungen von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich. Wir müssen die Kommunalfinanzen grundlegend reformieren“, sagt Brigitte Mohn, Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung. „Wir dürfen nicht nur über Staatsreform sprechen, wir müssen handeln! Wir müssen die kommunale Handlungsfähigkeit sichern, sie ist die Grundlage eines funktionierenden Staates. Hier sind auch Bund und Länder gefordert.“

Kommunen sparen bei Investitionen und freiwilligen Leistungen

Schon seit Jahren sind die Abschreibungen des kommunalen Anlagevermögens höher als die Investitionen. Kommunale Infrastruktur verfällt. Am deutlichsten ist dieser Befund bei Straßen und Schulen. Einsparungen erfolgen außerdem bei nicht verpflichtenden Leistungen wie Ehrenamts- und Demokratieförderung, Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen. „Solche Maßnahmen beeinträchtigen die Teilhabechancen der Menschen und können die strukturellen Finanzprobleme nicht lösen. Wenn Bund und Länder nicht zügig handeln, wird der weitere Verfall kommunaler Infrastruktur nicht zu stoppen sein,“ sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung.

Gewerbsteuer beginnt zu sinken

Die Gewerbsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wachstumsschwäche ist ihr Aufkommen in einigen Ländern bereits rückläufig. Besonders betroffen ist Baden-Württemberg mit seiner exportorientierten Wirtschaft. Andere traditionell starke Regionen wie Bayern und Hessen zeigen sich bislang widerstandsfähiger. „Aber selbst die hohen Steuerzuwächse der vergangenen Jahre könnten die derzeitige Ausgabendynamik nicht mehr ausgleichen“, sagt René Geißler, Professor für öffentliche Verwaltung an der TH Wildau und Mitautor des Kommunalen Finanzreports.

Expertenrat fordert Sofortmaßnahmen und grundsätzliche Strukturreformen

Die Finanzkrise erfordert sofortiges Handeln und ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen. Die Politikblockade, bei der jeder die Lösung von anderen erwartet, muss beendet werden. Als Sofortmaßnahme ist eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer durch den Bund und die Länder oder die Vergrößerung der Finanzmasse im kommunalen Finanzausgleich zugunsten der Kommunen erforderlich. Damit würden zwei Drittel der Finanzierungslücke geschlossen. Die Kommunen tragen mit Konsolidierungsmaßnahmen das verbleibende Drittel bei. So kann der erneute Weg in die Verschuldung vermieden werden.

Für eine dauerhafte Lösung des kommunalen Finanzproblems sind jedoch grundsätzliche Strukturreformen erforderlich. Zu diesem Ergebnis kommt der Expertenrat „Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit“ der Bertelsmann Stiftung. Seine mittel- und langfristige Reformagenda umfasst 20 Kernempfehlungen und 70 konkretisierende Einzelempfehlungen. „Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss neu geordnet werden. Der Grundsatz ‚wer bestellt, muss zahlen‘ muss konsequent umgesetzt werden“, betont Martin Junkernheinrich, Leiter des Expertenrates. „Das gilt insbesondere für die Sozialausgaben.“

Hinzukommen muss eine regelmäßige Ermittlung der kommunalen Gesamtbelastung und die Zentralisierung standardisierter Aufgaben. Auch Aufgaben wie die Krankenhausversorgung oder der überörtliche Nahverkehr könnten von den Ländern übernommen werden. Die Potenziale der Digitalisierung sollten genutzt werden, um kommunale Verwaltung bürgerfreundlicher und effizienter zu machen. Dafür müssen auf Bundesebene geeignete Rahmenbedingungen und Standards gesetzt werden. Auch die Zahl antragsintensiver Förderprogramme sollte deutlich reduziert werden. Die freiwerdenden Mittel stünden für die kommunale Grundfinanzierung zur Verfügung.

Neben dem Abbau der kommunalen Defizite sind Strategien zur Reduzierung des Investitionsrückstandes und zur Finanzierung neuer Aufgaben wie Klimaresilienz notwendig. Hierbei sind auch zusätzliche Mittel aus dem 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen des Bundes einzusetzen.

Zusatzinformationen:

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint im regelmäßigen Turnus seit 2008. Er untersucht die Kommunen der Flächenländer und basiert auf den jeweils aktuellen amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports der Bertelsmann Stiftung ist es, die Finanzlage im regionalen Vergleich anhand wichtiger Indikatoren darzustellen und Lösungsoptionen aufzuzeigen. Der Kommunale Finanzreport 2026 wurde in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau (Prof. René Geißler) und einem Kreis erfahrener Experten (Prof. Martin Junkernheinrich, Dr. Dominik Frankenberg, Prof. Thomas Lenk, Prof. Janbernd Oebbecke, Henriette Reker) erarbeitet.

Ansprechpartner:innen: Dr. Kirsten Witte, Telefon: 0173 5239924
E-Mail: Kirsten.Witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: Rene.Geissler@th-wildau.de

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Telefon: 0151 7088 4439
E-Mail: Junkernheinrich@arcor.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de

